

dialog e.V.

Vereinigung deutscher und russischer Ökonomen

Ассоциация экономистов Германии и России

диалог+



12. Symposium des dialog e.V.

Deutsche und russische Wege aus der Krise
Schaffen staatliche Infrastrukturinvestitionen die Wende?

9. bis 10. Mai 2009 Tübingen

Universität Tübingen, Neue Aula (Wilhelmstraße 7, 72074 Tübingen)

Mit freundlicher Unterstützung von
Wintershall Erdgas Handelshaus GmbH & Co. KG (WIEH)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen die Ergebnisbroschüre des 12. dialog-Symposiums vorstellen zu können. Nachdem unser Symposium 2008 in Moskau stattgefunden hatte, wurde es in diesem Jahr wieder traditionell in Tübingen durchgeführt. Als Vereinigung von deutschen und russischen Ökonomen war das Thema für das Symposium 2009 fast vorherbestimmt: die weltweite Wirtschaftskrise. Wie Professor Streb jedoch in seinem Eintragsvorgang festgestellt hat, ist das Wort „Krise“ bisher eher Behauptung denn Realität, insbesondere wenn man die erste große Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren als Vergleich heranzieht.



Es ging während unserer Tagung jedoch nicht um den weltweiten Abschwung per se, sondern wir haben uns und den Referenten die Frage gestellt, inwieweit öffentliche Infrastrukturinvestitionen der geeignete Weg sind, um die russische und deutsche Volkswirtschaft erneut auf einen Wachstumskurs zu bringen. Dazu haben wir – unserer Tradition entsprechend – Referenten aus ganz unterschiedlichen Bereichen eingeladen, um das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln diskutieren zu können. Neben der getrennten Betrachtung der gegenwärtigen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern ging es dabei auch um die Frage, inwieweit auf dem Feld der öffentlichen Infrastruktur gemeinsame bilaterale Maßnahmen ergriffen werden können.

An dieser Stelle möchte ich noch auf eine Besonderheit des diesjährigen Symposiums hinweisen: Unser vor dem Symposium stattfindendes Begegnungsprogramm für deutsche und russische dialog-Mitglieder wurde in diesem Jahr von russischen Journalisten begleitet und wurde vom Auswärtigen Amt im Rahmen seines Besucherprogramms durchgeführt. Dadurch hatten sieben russische Journalisten die Gelegenheit, nicht nur ein sehr vielfältiges Programm in Berlin und Stuttgart zu erleben, sondern auch unseren Verein kennenzulernen. Als Resultat wurde über unser Symposium und unseren Verein in Russland in verschiedenen Medien berichtet.

An dieser Stelle möchte ich Sie auch auf unser 13. dialog Symposium aufmerksam machen, das am 22./23. Mai 2010 in Moskau stattfinden wird. Näheres können Sie bald auf unserer Homepage erfahren.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen
Ihre Anna-Lena Röhrs

Danksagung

Wir danken der Wintershall Erdgas Handelshaus GmbH & Co. KG für die finanzielle und ideelle Unterstützung des Symposiums sowie dem Auswärtigen Amt für das Ermöglichen des Begegnungsprogramms für russische Studenten und Wirtschaftsjournalisten. Ohne ihre Hilfe wäre unsere Veranstaltung in all ihren Facetten nicht möglich gewesen.

Das Organisationsteam

Das Symposium wurde von den Mitgliedern der Regionalgruppe Tübingen und dem Gesamtvorstand des dialog e.V. organisiert. Besonderer Dank geht dabei an Anna-Lena Röhrs, Martina Kuntze, Gordon Thomas und die Mitglieder von dialog e.V. Tübingen: Markus Maier, Maria Heidt, Evgenia Ogorodova, Evgeny Grokhotov, Ekaterina Kohler, Daria Christodoulou, Xenia Benhard, Olga Korn, Christian Hattendorff, Marie-Louise Arlt, Günter Schuster, Dmitrij Balliet, Katja Leimann und Theresa Mühleisen.

Informationsreise 2009

Vom 2. bis zum 8. Mai fand im Vorfeld des 12. dialog-Symposiums die traditionelle Informationsreise statt, die vom Auswärtigen Amt im Rahmen des Besucherprogramms gefördert wurde. In diesem Jahr standen verschiedene Stationen in Berlin und Stuttgart auf dem Programm. Das Thema der Informationsreise stand im Einklang mit dem Thema des diesjährigen Symposiums: Deutsche und russische Wege aus der Krise – Schaffen staatliche Infrastrukturinvestitionen die Wende?

Die Teilnehmer der Informationsreise kamen aus den Regionalgruppen Moskau, Tomsk und Saratow. Darüber hinaus nahmen sieben russische Journalisten an der Reise teil, während der zahlreiche Unternehmen und Einrichtungen besucht wurden, wie z.B.: das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, die Berliner Wasserwirtschaftsbetriebe, die Deutsche Bahn AG, der Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof, die WINGAS GmbH & Co. KG sowie das Projekt Stuttgart 21. Auch die Sehenswürdigkeiten Deutschlands wurden mit Begeisterung angeschaut, insbesondere deshalb, weil viele der Teilnehmer zum ersten Mal in Deutschland waren. Die Informationsreise wurde von der Berliner Regionalgruppe organisiert, deren hervorragende Arbeit anzumerken ist. Die Teilnehmer der Informationsreise möchten sich bei allen Mitgliedern der Berliner Gruppe für die perfekte Organisation und den herzlichen Empfang bedanken. Ein besonderer Dank gilt der Vorsitzenden der Regionalgruppe Berlin Tatjana Dieser, die den größten Teil der Organisationsarbeit bewältigte.

Marina Klintzowa

Prof. Dr. Jochen Streb: Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise? Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte

Professor Dr. Jochen Streb gestaltete das Einführungsreferat: „Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise? Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte“. Sein Tenor lautete „Professioneller Optimismus“, eine Einstellung, die er Ökonomen und Politikern ans Herz legte. In den 30ern sank die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 27 Prozent, in den USA sogar um 31 Prozent, dem gegenüber steht die Rezession in Deutschland 2009 mit -6 Prozent und -5,1 Prozent in Russland. Die USA überwand die Krise durch den Rüstungsboom des Zweiten Weltkrieges und auch in Deutschland sank die Arbeitslosigkeit in den 30er Jahren. In Russland hat es dagegen keinen Zusammenbruch der Wirtschaft gegeben, im Gegenteil, unter Stalin wurde die Industrialisierung vorangetrieben. Es herrschte eine große Nachfrage an Investitionsgütern, vor allem an Maschinen. Der Börsencrash von 2008 ist allerdings mit dem Ausmaß der Kursniedergänge von 1928 zu vergleichen. Auch dort kam es zu einem Rückgang der Nachfrage, einer sogenannten Nachfragerücke. Prof. Streb sieht vier Gründe für den Zusammenbruch der Nachfrage. Erstens den Konsumrückgang: Durch den Börsenkrach kam es zu einem psychologischen Effekt, die Menschen sparten ihr Geld. Zum Zweiten sanken die Investitionen, denn auch Unternehmer hatten schlechtere Zukunftserwartungen. Drittens fragte auch der Staat weniger nach, Investitionen in die Infrastruktur wurden gekürzt. Schließlich kam es viertens zum Zusammenbruch des Welthandels, da eine Politik des Hochprotektionismus betrieben wurde.

Zum Vergleich stellte Prof. Streb abschließend die Rahmenbedingungen der beiden Krisen 1930 und 2009 gegenüber. So kennzeichnete die Situation in den 30ern ein schlechtes soziales Netz mit hoher Arbeitslosigkeit, Investitionen wurden durch den Goldstandard gehemmt, eine prozyklische Fiskalpolitik schwächte die Staatsnachfrage und der Außenhandel wurde durch eine protektionistische Politik unterbunden. 2009 hingegen stärkt ein soziales Netz mit Arbeitslosenunterstützung den Konsum, die Handlungsfähigkeit der Zentralbank ermöglicht Investitionen, eine antizyklische Fiskalpolitik kurbelt die Staatsnachfrage an und an Stelle von Protektionismus tritt Freihandel für eine funktionierende Außenwirtschaft. Dieser Vergleich der Rahmenbedingungen zeigt: Die Politiker haben aus der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gelernt. Ein Aufschwung ist relativ schnell zu erwarten, es besteht kein Grund zur Sorge, professioneller Optimismus sollte an der Tagesordnung sein!

Prof. Dr. Jochen Streb ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Hohenheim

Zusammenfassung: Carolin Schlenkermann, dialog e.V. Chemnitz

Juri Simachev: Beurteilung der Maßnahmen der Regierung zur Unterstützung der russischen Realwirtschaft im Rahmen der Krisenbekämpfung

Das Thema von Juri Simachev lautete „Beurteilung der Regierungsmaßnahmen zur Unterstützung der russischen Realwirtschaft im Rahmen der Krisenbekämpfung“. Seiner Meinung nach ist die aktuelle Wirtschaftskrise nicht mit der von 1998 vergleichbar. Deshalb sind die damaligen Maßnahmen der russischen Regierung zur Krisenbekämpfung nur beschränkt auf die heutige Krise anwendbar. 1998 verfügte die russische Regierung nur über wenige Ressourcen zur Unterstützung der Unternehmen. Warum hat sich aber die gegenwärtige Wirtschaftskrise besonders stark auf die Russische Föderation ausgewirkt? Die Gründe hierfür sieht er in der starken Exportabhängigkeit Russlands von Rohstoffen, dem schlecht entwickelten Bankensektor, dem niedrigen Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit und dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der russischen Regionen.

Die Prioritäten der russischen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung liegen in der Stärkung des Finanzsektors, der Unterstützung des sozialen Systems sowie einzelner Sektoren und großer Unternehmen. Die Konzentration der russischen Regierung auf große Unternehmen hängt mit den bereits vorhandenen Erfahrungen im Umgang mit diesen zusammen. Dadurch erscheint das Risiko einer Förderung geringer. Auf dem Gebiet der KMU besteht dagegen Unerfahrenheit bezüglich der Anwendung der Instrumente, wodurch das Risiko höher scheint. Diese Herangehensweise bringt negative Effekte mit sich, die in der Abschwächung der Konkurrenz auf dem Binnenmarkt bestehen. In diesem Zusammenhang stellte Juri Simachev als „Gewinner“ des Krisenpaketes der russischen Regierung die großen Unternehmen und als „Verlierer“ noch nicht auf dem Markt etablierte Unternehmen und Innovationsbereiche heraus.

Juri Simachev sieht ein großes Potenzial zur Effektivitätssteigerung. Er betont vor allem die Notwendigkeit, die Wirkung der Maßnahmen abzuwarten, statt ständig neue einzuführen. Des Weiteren macht er auf die Tatsache aufmerksam, dass die Wirkungen der Maßnahmen während der Krise und in der Erholungsphase unterschiedlich sind bzw. sein können. Die Krise ist ein dynamischer Prozess, der eine ständige Anpassung der vorgenommenen Maßnahmen verlangt.

Juri Simachev ist stellvertretender Direktor des „Meshvedomstvenni analititscheski zentr“, Moskau

Zusammenfassung: Alla Milek, dialog e.V., Chemnitz

Michael Harms: Deutsche Unternehmen in der Krise auf dem russischen Markt.

Noch im letzten Sommer hieß es in russischen Regierungskreisen, es handele sich um eine rein transatlantisch-europäische Krise. Russland sei nicht betroffen. Obwohl der Zusammenbruch der Wirtschaft von 1998 in Russland von anderer Qualität war, werden die Auswirkungen der jetzigen Krise sichtbar. So lässt sich eine Erhöhung des Staatsanteils an der Wirtschaft feststellen. Ein staatliches Maßnahmenpaket in Höhe von 200 Mrd. US Dollar wurde erlassen. Für das Jahr 2009 wird ein negatives Wachstum von -2,2 bis -5,6 Prozent prognostiziert. Ein deutlicher Rückgang des russischen Aktienindex RTS um mehr als 70 Prozent ist zu verzeichnen, erstmals seit 10 Jahren gibt es ein Staatsdefizit. Während der Einzelhandel noch zu den wenigen wachstumsstarken Branchen zählt, sinkt der Anteil der Industrieprodukte am BIP. Aufgrund der geringeren Preise für Öl und Gas sowie der sinkenden Nachfrage leiden die staatlichen Finanzreserven unter einen Rückgang.

Aufgrund der Inflation wird die Kaufkraft deutlich gemindert. Zudem kam es seit Beginn des Jahres 2009 zu Massenentlassungen, was wiederum zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 6,4 Mio. Menschen führte. Problematisch seien auch der Rückgang der Konsumentenkredite, die zu langsame Verteilung der Fördermittel sowie die geringe Diversifizierung der russischen Wirtschaft. Zudem sind Einschnitte bei staatlichen Zuwendungen bemerkbar, insbesondere bei Infrastrukturprojekten. Die Kreditkonditionen für russische Partner haben sich im letzten Jahr deutlich verschlechtert. Es werden kaum noch mittel- und langfristige Kredite vergeben. Die komplette Stornierung, sowie der Rückgang und die zeitliche Streckung von Projekten sowie eine nachlassende Zahlungsmoral sind weitere Probleme. Tatsächlich ziehen sich viele internationale Unternehmen aus dem russischen Markt zurück. So erwartet die Weltbank eine Kapitalflucht aus der Föderation von bis zu 180 Mrd. US-Dollar für das Jahr 2009. Aufgrund der Rubelabwertung von rund 35 Prozent verteuern sich zudem deutsche Exporte nach Russland deutlich, darüber hinaus erhöhen sich die Einfuhrzölle. Trotzdem bleiben nahezu alle deutschen Firmen in Russland, da der russische Markt als perspektivenreich angesehen wird. Ein Zuwachs an Vertrauen in die deutsche Wirtschaft ist erkennbar, da in die Zusammenarbeit insbesondere in den Hochtechnologiesektor sowie in die Berufsausbildung, Verwaltung und strategische Arbeitsgruppen (Petersburger Dialog) investiert wird.

Abschließend fasst Herr Harms zusammen, dass es sich nicht nur um eine massive Weltfinanz- sondern um eine massive Wirtschaftskrise handelt, bei der Überkapazitäten abgebaut werden müssen. Seiner Einschätzung nach habe die russische Regierung im Wesentlichen richtig reagiert, indem sie das Bankensystem stützte und eine kontrollierte Abwertung des Rubels einführte. Entscheidend bleiben auch in Zukunft die Finanzierungskonditionen.

Dennoch könne die Krise als Chance gesehen werden für Übernahmen und Beteiligungen, bzw. Kostensenkungen sowie in Sachen der Effektivität und Restrukturierung der russischen Wirtschaft auch wenn mit der Krise die institutionellen Rahmenbedingungen für ausländische Anbieter verschärft werden.

Michael Harms ist Geschäftsführer der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer in Moskau

Zusammenfassung: Kathrin Link, dialog e.V. Chemnitz

Wolfgang Dik: Bilaterale Strategien zur Bekämpfung der Krise: Die deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft

Das Ziel der deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft besteht in der Stärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder und der Verbesserung der Koordination bereits bestehender Projekte zu dieser Thematik. Die Initiative wurde im Mai 2008 in Jekaterinburg von Außenminister Steinmeier ins Leben gerufen. Die Partnerschaft nimmt die vier „I“ aus den Wahlkampfreden des amtierenden Präsidenten Medwedjew – Innovation, Investition, Infrastruktur und Institutionen – auf. Ein konkretes Beispiel für die Partnerschaft im Bereich Institutionen ist das „Deutsche Wissenschaftshaus“, welches gerade in Moskau entsteht.

Die derzeitigen Pläne zur deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft sehen folgende Bereiche vor, die unterstützt werden:

Zum einen sollen Verkehr und Logistik verbessert werden, dabei zum Beispiel die Eisenbahnverbindung zwischen Europa und China, die dann schneller wäre als der Schiffsweg. Zum Zweiten soll die Rohstoffeffizienz verbessert werden, was sowohl die Förderung als auch den Verbrauch innerhalb Russlands betrifft. Ein dritter Fokus liegt auf der Forschungsförderung, hier vor allem auf dem Bereich Gesundheit. Auch in Russland hinterlässt der demografische Wandel deutliche Spuren, die mit entsprechenden Fortschritten in der Medizin abgemildert werden können. Ein viertes Feld ist die Umsetzung von Rechtsvorschriften durch Austauschprogramme der „Praktiker“, allgemeine Aus- und Weiterbildung, sowie umfangreiche Sprachförderung. Die Initiative verfügt über ein eigenes Budget in Höhe von 5 Mio. Euro pro Jahr.

Wolfgang Dik ist Leiter des Referats für Bilaterale Kultur- und Medienbeziehungen mit Russland und den GUS-Staaten im Auswärtigen Amt

Zusammenfassung: Marcus Nürnberger, dialog e.V. Chemnitz

Dr. Andrej A. Jakovlev: Die Krise des globalen Corporate-Governance-Modells und ihre Folgen für Unternehmen in Russland und Deutschland

Dr. Andrej A. Jakovlev ging in seinem Vortrag „Die Krise des globalen Corporate-Governance-Modells und ihre Folgen für Unternehmen in Russland und Deutschland“ auf die Ursachen der Krise ein. Die Formalisierung von Geschäftsbewertungsprozessen und die Entwicklung eines speziellen Koordinatensystems für Kreditgeber und Investoren sind die Hauptattribute des globalen Corporate Governance Modells. Das Modell folgt der generellen Logik, nach der Ratingagenturen als unabhängige Institutionen agieren, die Konzernrisiken professionell abschätzen. Ein gutes Rating bedeutet Zugang zu günstigem Geld. Die Gehälter des Topmanagements sind abhängig von der aktuellen Kapitalisierung. Die Aktionärsinteressen verändern sich hin zur Orientierung an kurzfristigen Gewinnen. Dies führt zu einer Kurzfristigkeit unternehmerischen Handelns nach dem Motto „maximaler Gewinn in minimaler Zeit“. Der Widerspruch zwischen langfristigen Interessen zur Unternehmensentwicklung und kurzfristigen Interessen der Aktionäre führt zu einer Akkumulation innerer Probleme und Risiken. Das Scheitern des globalen Modells als externes Evaluationssystem führte zu einer Destruktion des „Koordinatensystems“ für Banker und Investoren und damit zu einem Kreditstopp in der Realwirtschaft.

Dr. Jakovlev stellte insbesondere die russischen Spezifika der Krise in den Vordergrund. Die makro-ökonomische Stabilität ist ein wichtiger Faktor für Russland, da das Land abhängig von der Nachfrage des Weltmarkts ist. Insbesondere in Russland wurde die finanzielle Krise durch eine falsche Abschätzung von internen Risiken, eine aggressive Wachstumspolitik der Unternehmen, Unklarheit von Eigentümerrechten und Politik-Lobbyismus gegen „soziale Auflagen“ verschärft. Hinzu kamen Ausweitung und Konsolidierung des staatlichen Sektors durch das Wachstum großer staatlicher Unternehmen, die kleine und effiziente Unternehmen zum Teil behindern. Dr. Jakovlev kommt zu der Schlussfolgerung, dass neue Modelle gesucht werden müssen. Er spricht sich für die Unterstützung von Programmen und Projekten anstatt von Firmen aus. Er sieht als sinnvolle Alternative zur Förderung „systemtragender“ Unternehmen eine allgemeine Förderung der Nachfrage durch staatliche Investitionen, bei der Aufträge allein nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis der Angebote vergeben werden. Die Aufgabe des Staates bestehe nicht darin „alle Untergehenden zu retten“, sondern darin, die richtigen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten zur Entwicklung der Unternehmen zu schaffen.

Dr. Andrej A. Jakovlev ist Direktor des Instituts für Industrieökonomik an der Higher School of Economics, Moskau

Zusammenfassung: Juliane Partsch, dialog e.V. Berlin

Jewgeniy Pogrebnyak: Finanzierungsmodelle umfangreicher Staatsinvestitionen in die Infrastruktur

Wenn wir über umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur sprechen wollen, so stellen sich uns zugleich folgende Fragen: Wer wird diese Investitionen tätigen – die öffentliche oder die private Hand, wie kann deren Kooperation effektiv gestaltet werden? In welcher Weise soll investiert werden – Gießkannenprinzip oder Leuchtturmprojekte? Woher sollen die Mittel zur Finanzierung kommen – inwiefern lassen sich solche Projekte mit Anleihen finanzieren?

Zur wirtschaftlichen Situation in Russland: Die Binnennachfrage hat sich noch nicht stabilisiert. Die Folge ist, dass die Investitionen der Unternehmen und Einnahmen der Bevölkerung weiter abnehmen. Es ist relativ ungewiss, in welche Richtung sich die Außenhandelsumsätze entwickeln werden. Erschwerend kommt hinzu, dass in der Wirtschaftskrise eine Reihe sich widersprechender Maßnahmen beschlossen wurde. Dazu gehören umfangreiche Konjunkturpakete bei sinkenden Staatseinnahmen.

Warum müssen Investitionen auch während der Krise fortgesetzt werden? In erster Linie führen sie unmittelbar zu einer höheren Nachfrage und somit zu mehr Beschäftigung. Der Multiplikatoreffekt von Infrastrukturinvestitionen wird von Experten mit 1,7 – 2,5 bewertet. Während einer Krise können Infrastrukturinvestitionen mit geringerem finanziellem Aufwand getätigt werden, zurückzuführen auf niedrigere Rohstoffpreise, geringere Arbeitskosten und ein allgemein fallendes Preisniveau. Ein weiterer Grund für die Fortsetzung von Infrastrukturprojekten während einer Krise ist die Schaffung einer besseren Ausgangslage für die kommende Aufschwungphase.

In welche Branchen soll in einer Krise investiert werden? Hierbei lassen drei Branchen hervorheben: erstens der kommunale Sektor, zweitens die logistische Infrastruktur und drittens die Investitionen in den Innovations- und Modernisierungssektor. Die logistische Infrastruktur bleibt der Schwachpunkt der russischen Wirtschaft. Russland hat die niedrigste Straßendichte innerhalb der BRIC-Staaten und zweitniedrigste Dichte an Eisenbahnschienen. Weiterhin hat Russland wenig Erfahrung im Werben privater Investoren zur Finanzierung großer Infrastrukturprojekte. Lediglich im Telekommunikationssektor ist es gelungen mit Hilfe von privaten Investoren umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Jewgeniy Pogrebnyak ist Direktor des Departements strategischer Analysen und Studien der Vnesheconombank der Russischen Föderation.

Zusammenfassung: Dietrich Jochim, dialog e. V. Leipzig

Olga Milowidowa: Formen und Perspektiven der Entwicklung der öffentlich-privaten Kooperationen in Russland

Olga Milowidowa befasste sich gleich zu Anfang ihres Vortrags mit der kritischen Äußerung Andrej Gurkows, wonach Public-Private Partnerships (PPP) oft der Ruf von Korruption und Ineffizienz anhängt. Die junge Referentin, die ihre Wurzeln im dialog e.V. hat, bestätigte diesen Verdacht vor allem bei Großprojekten.

Zunächst behandelte sie die ökonomischen Grundlagen: PPPs sind ein Instrument des Staates, um zur Wohlstandserhöhung beizutragen. In Russland findet man solche Projekte beispielsweise in den Regionen, in Branchen von strategischer Bedeutung, im Verkehrswesen oder in innovativen Bereichen.

Die großen Vorteile liegen für Olga Milowidowa in der Entlastung der Behörden, einer besseren Anpassung an den Bedarf und in Effizienzsteigerungen bei gleichzeitigen Qualitätssteigerungen. Für die beteiligten Unternehmen oder Investoren ist neben der vorteilhaften Situation, nämlich im Prinzip eines natürlichen Monopols, der risikoarme Gewinn ein großer Anreiz. Allerdings darf man die Risiken nicht völlig außer Acht lassen: Die Preisregulierung sei nicht vorsehbar und besonders in Russland sind die rechtlichen Möglichkeiten der privaten Seite gegenüber dem Staat bei Nichterfüllung des Vertrages beschränkt.

Auf das Beispielprojekt der Sonderwirtschaftszonen in Russland ging Milowidowa etwas näher ein. Diese steuerbegünstigten Standorte, die ausländische Investoren anziehen sollen, wurden 2005 vom russischen Wirtschaftsministerium angekündigt, wichtige Gesetze wurden schon 2006 erlassen, so dass die Umsetzung sehr zügig erfolgen konnte: Derzeit gibt es 22 Sonderwirtschaftszonen in vier verschiedenen Kategorien: Industrie, Technologie, Tourismus und Häfen.

Aus Sicht der Referentin ist die Schaffung eines Systems verbindlicher rechtlicher Grundlagen die wichtigste Maßnahme für den Erfolg von PPPs in Russland. Daneben muss der Dialog zwischen der staatlichen und privaten Seite verbessert werden, denn für die Finanzierung von Projekten konkurrieren beide Seiten um das Kapital ausländischer Banken.

Olga Milowidowa ist Managerin bei KPMG Transaction Services, Strategy Group Moscow

Zusammenfassung: Peter Kompalla, dialog e.V. Leipzig

Podiumsdiskussion: Wachstumsimpulse durch Infrastrukturinvestitionen – welche Maßnahmen haben den größten Multiplikatoreffekt?

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Podiumsdiskussion mit allen Referenten, die von einem sehr angriffslustig gestimmten Andrej Gurkov, Redakteur der Deutschen Welle, geleitet wurde. Er forderte die Teilnehmer immer wieder dazu heraus, sich auf genaue Einschätzungen zur Krise in Russland festzulegen - eine angenehme Abwechslung zu den Pseudo-Diskussionen, die sonst zum Beispiel in der deutschen Fernsehlandschaft die Regel sind. Dabei wurden gegensätzliche Standpunkte deutlich, was die Einschätzung von Sinn und Unsinn von Infrastrukturmaßnahmen zur Bewältigung der Krise angeht. Während beispielsweise Prof. Streb sie als Mittel des vergangenen Jahrhunderts sieht, werden sie von den russischen Praktikern als notwendige Voraussetzung für erneutes Wachstum in Russland betrachtet. Hier zeichnet sich ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den beiden Ländern deutlich ab. Während in Deutschland eine gute Straßen- und Schieneninfrastruktur grundsätzlich vorhanden ist, herrscht in Russland – auch angesichts der Größe des Landes – noch ein enormer Nachholbedarf. Die Ansätze zur Krisenbewältigung sind daher notwendigerweise verschiedene, wobei gemeinsame Anstrengungen angesichts der Vernetzung beider Länder von großer Bedeutung sind.

Neben der Frage nach der Notwendigkeit von Infrastrukturmaßnahmen in Krisenzeiten stellte sich nicht nur für Andrej Gurkov die Frage nach deren Wirksamkeit als Mittel zur Krisenbewältigung. Großprojekte im Straßen- und Schienenausbau, im Bereich Energieversorgung und für die Modernisierung von Industrieanlagen brauchen eine lange Vorlaufzeit zum Beschaffen der notwendigen Genehmigungen und zur Klärung der Finanzierung. Sie können also kaum sofort wirksam werden. Allenfalls in der Planung bereits weit fortgeschrittene Projekte können zeitnah umgesetzt werden und so einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Auch hier gab es geteilte Meinungen bei den Referenten. Während der Großteil zustimmte, dass die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen kein wirksames Instrument sei, sprach sich beispielsweise Juri Simachev dafür aus, dies zu Dauer und Verlauf der Krise in Bezug zu setzen.

Grundsätzlich einig waren sich die Experten allerdings darin, dass die effiziente Umsetzung von Bauprojekten entscheidend dafür ist, ob überhaupt positive Effekte durch staatliche Investitionen zu erwarten sind. Korruption bei Planung und Durchführung von Baumaßnahmen stelle die Wirtschaftlichkeit von Projekten generell in Frage und verhindere dadurch auch positive Auswirkungen auf den Verlauf der gegenwärtigen Krise. Wichtig sei es deshalb, statt hektisch und unkontrolliert in die Infrastruktur zu investieren, die richtigen rechtlichen und politischen Weichenstellungen für zukünftige Investitionen zu schaffen.

dialog e.V. - Vereinigung deutscher und russischer Ökonomen

Eine gemeinsame Vision für unsere Länder

Seit seiner Gründung im Jahr 1998 durch russische und deutsche Studenten in der Universitätsstadt Tübingen hat sich dialog e.V. Vereinigung deutscher und russischer Ökonomen das Ziel gesetzt, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zu fördern und mitzugestalten. Durch die Verbindung von Studenten, Berufstätigen, Unternehmen und Unternehmern schaffen wir die für dieses Ziel notwendige Grundlage. Überzeugt davon, dass die gemeinsame Zukunft unserer beiden Länder langfristig nur von uns selber gestaltet werden kann, bildet dialog e.V. den Rahmen und die Voraussetzung für Begegnung, Austausch und Diskussion der Akteure der deutsch-russischen Beziehungen.

Unsere Rolle

dialog e.V. versteht sich als Bindeglied für alle Personen, die bereits am deutsch-russischen Wirtschaftsleben teilnehmen oder hier ihr zukünftiges Betätigungsfeld sehen. Dabei fokussieren wir uns auf diejenigen, die den wirtschaftlichen Austausch auf beiden Seiten leben. Offen für alle, die sich mit unseren Zielen identifizieren, wollen wir mit unserem Engagement den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch stärken sowie zum gegenseitigen Verständnis von Besonderheiten und Herausforderungen. Diese Rolle füllen wir mit Veranstaltungen und Projekten aus, wodurch wir einen nachhaltigen Dialog sowohl zwischen unseren Mitgliedern als auch mit externen Partnern auf beiden Seiten fördern.

dialog e.V. – Vereinigung deutscher und russischer Ökonomen

Hauptgeschäftsstelle
Schillerstraße 57
10627 Berlin

Email: info@dialog-ev.org
Telefon: +49 (0)30 20453548
Fax: +49 (0)30 20058809

Weitere Informationen finden Sie auch unter: www.dialog-ev.org